bestätigen und zur Weiterverfolgung der oben angedeuteten historischen Perspektiven berechtigen. Als abschliessend soll sie nicht gelten¹⁾. Es wäre der beste Dank für die vielfache Anregung, welche die Wiederentdeckung und Durchforschung der Handschrift von Vercelli durch Patetta gewährt hat, wenn auch hier ein festes Ergebniss gefunden werden könnte.

Giessen, Mai 1895.

Arthur B. Schmidt.

Herman Haupt, Ein oberrheinischer Revolutionär aus dem Zeitalter Kaiser Maximilians I. Mittheilungen aus einer kirchlich-politischen Reformschrift des ersten Decenniums des 16. Jahrhunderts. Sonderabdruck aus der Westdeutschen Zeitschrift, Erg.-Heft VIII. Trier 1893, Fr. Lintz. 144 S. 8°.

Der Autor sagt auf Seite 1 des Vorworts, „dass die Schrift trotz ihrer Absonderlichkeiten der Bekanntgabe werth war, darin wird mit mir gewiss jeder übereinstimmen, der der Geschichte der volksthümlichen, kirchlichen und politisch-socialen Oppositionsbewegungen am Ende des Mittelalters nachzugehen und dabei den unzureichenden Bestand der für jenes Forschungsgebiet in Betracht kommenden Quellen zu beklagen hatte“.

Wir können dieser Rechtfertigung seiner Veröffentlichung in vollstem Maasse beipflichten. Eine richtige Würdigung jener Epoche der Geschichte wird erst dann möglich sein, wenn eingehende Einzelstudien auf allen Gebieten es uns ermöglichen, das Ineinandergreifen der verschiedenen Factoren, wie sie auf kirchlichem, politisch-socialen und wissenschaftlichem Gebiet hervortreten, klarzulegen.

Die vorliegende Arbeit beginnt mit einem Bericht von der Ueberlieferung der Schrift, dann folgen Nachrichten über den Verfasser, dessen Persönlichkeit nicht zu ermitteln war, und eine gedrängte Zusammenfassung seiner Reformpläne. Nachdem darauf noch die Disposition der Schrift mitgetheilt ist, werden wir von Seite 113—212 mit dem Inhalt der Schrift in ausführlicher Darstellung bekannt gemacht, wobei der Hauptsache nach der Gedankengang des Verfassers uns in dessen eigenen Worten übermittelt wird.

Die Reformschrift zerfällt in zwei Theile. Den ersten nennt der Verfasser „Das Buch der hundert Capitel“, den zweiten Theil bildet Text und Commentar der angeblichen „Trierer Statuten“, auf die der Verfasser seinen Reformentwurf zu gründen vorgiebt.

Charakteristisch für die Reformschrift ist die von apokalyptischen und astrologischen Ideen ausgehende Vorstellungsweise des Verfassers. Ihr entsprechen seine historischen Auffassungen, die sich fast aus-

¹⁾ Auch auf diesen Punkt hofft Referent in einer späteren Mittheilung zurückkommen zu können.

schliesslich in wunderbaren Gedankengängen bewegen, wobei es häufig an jedem thatsächlichen Anhaltspunkte fehlt.

Die Grundzüge seines Reformprogramms sind demokratisch-socialistischer Natur. Hierzu stimmt durchaus seine Idee eines Kaisers mit centralistischer Gewalt, der von dem Volke in letzter Linie abhängig, aus dessen Wahl hervorgeht und von den von ihm damit betrauten Factoren absetzbar ist.

Die allgemeinen Zustände sind verrottet, namentlich herrscht in weiten Kreisen eine tiefe Sittenverderbnis, die schwere Strafgerichte Gottes heraufbeschwört, wenn nicht noch rasch eine allgemeine Umkehr stattfindet. Die grösste Schuld hieran tragen die „Pfaffen“ und Mönche, die der Reichthum auf Abwege geführt, ihrem eigentlichen Beruf entfremdet und unsittlich gemacht hat. Aber auch die weltlichen Herren haben durch Verlangen nach Macht und Reichthum zu dem allgemeinen Verfall beigetragen. Einstmals war jeder „tutsche Mann“ vor dem Gesetze gleich, es gab keine Knechte. Die Herrschsucht und Habgier haben die Leibeigenschaft erst geschaffen, und unterstützt hat sie dabei das römische Recht, das das deutsche Recht — dies ist dem Verfasser identisch mit dem von Gott ausgehenden Naturrecht — verdrängt hat.

So schlecht aber die Zustände sind, der Verfasser hält an der grossen Aufgabe, die er dem deutschen Volke vindicirt, fest. Es ist dazu berufen, die Welt zu beherrschen und ihr Frieden und Recht zu bringen. Diesen Beruf des deutschen Volkes begründet der Verfasser aus der Geschichte, die indessen zu einem reinen Phantasiegebilde wird, auf das näher einzugehen, sich nicht lohnt. Die Helden vergangener Zeiten werden je nach Geschmack des Verfassers zu Deutschen gemacht, und die Grossthaten der Weltgeschichte, einerlei, wo sie geschehen, für das deutsche Volk in Anspruch genommen. Jetzt ist dies deutsche Volk entartet, aber — der Verfasser nimmt den Umschwung für die nächste Zeit in Aussicht — bald wird der Held kommen, der es zu seinem eigentlichen Beruf zurückführen und ein tausendjähriges Weltreich aufrichten wird. Dieser Held ist anfänglich für den Verfasser Maximilian I., dann aber, als dieser seine Hoffnungen nicht erfüllte, richtet er diese auf den sagenhaften Kaiser Friedrich, dessen Erscheinen bekanntlich von dem Volke erwartet wurde. Als „König vom Schwarzwald“ zuerst von den Bauern des Schwarzwalds unterstützt, wird er seine Macht entfalten, den Klerus züchtigen, die Klöster aufheben, alles Kirchengut einziehen und mit kräftiger Hand die Armen schützen, die Mächtigen demüthigen. Auch die Territorialfürsten und der Adel sollen ihre Besitzungen verlieren, die Kaufherren in den Städten ihrer Vermögen beraubt werden und der Kaiser als alleiniger Herr walten.

Eigenes Vermögen darf er nicht haben. Eine Reichssteuer — 5% vom Einkommen — wird zu einem Fünftel für seine Bedürfnisse verwandt, das Uebrige dient zum Unterhalt des Klerus, zur Unterstützung der Armen und zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben.

Gegen die Uebelthäter wird der Kaiser mit aller Strenge vorgehen und ganz besonders gegen die Unsittlichkeit drakonische Maassregeln

anordnen. Das deutsche Recht wird er wieder einführen, nachdem das römische und kanonische Recht, wie insbesondere jede Gerichtsbarkeit der Kirche beseitigt ist.

Die Leibeigenschaft wird abgeschafft, die Zinsen aufgehoben, Schulden, die älter als 50 Jahre, beseitigt, und die eingezogenen Güter zu Gunsten der Armen verwandt. Ein oberstes Gericht wird im Reiche bestellt. Sein Vorsitzender hat das Recht, den Kaiser abzusetzen, wenn er nicht die Gesetze befolgt. Unter diesem Gericht stehen „Sentgerichte“, die dem Verfasser als eine Art Mittelding zwischen Ohrenbeichte und Vehmgericht vorschweben. Sie treten in jedem Jahre einmal in der Pfarrkirche jedes Ortes zusammen, nachdem vorher ein kaiserliches Gebot zur Aufspürung und Selbstbekenntniss aller Todsünden ergangen. Als Mitglieder werden der Pfarrer, ein weltlicher Richter und der Schreiber genannt.

Gegenüber diesen radicalen Plänen finden wir in religiös-dogmatischer Beziehung fast nichts von Belang, nur dass die deutsche Sprache zur Kirchensprache werden soll. Zur Ausführung seiner Idee will der Verfasser einen Orden frommer Eheleute — das Cölibat verwirft er ausser für den weltlichen Klerus — gründen mit einem gelben Kreuz als Abzeichen, der, wenn der Held erscheint, diesem folgen und die Widersacher vernichten wird.

Wir sehen, die Ideen des Verfassers bewegen sich meist in Allgemeinheiten und ein phantastischer Zug kommt fast überall zum Durchbruch. Nahezu alle Fragen, die es überhaupt im politisch-socialen Leben giebt, werden berührt, eine allgemeine Umwälzung in Aussicht gestellt, wie das aber Alles im Einzelnen ausgeführt werden soll, darüber erfahren wir Nichts. Das deutsche Recht soll wieder eingeführt werden, aber gleichzeitig beruft sich der Verfasser vielfach auf das *Corpus iuris*, das er am Ende auch zu einem deutschen Gesetzbuch macht. Ebenso geringe Kenntniss der thatsächlichen Verhältnisse verrathen seine Aeusserungen über das Gerichtswesen.

Der Herausgeber hat es verstanden, auf verhältnissmässig kleinem Raum den Inhalt der Reformschrift und die Denkweise ihres Verfassers darzulegen. Bei den Irrgängen von dessen Phantasie und bei den wunderlichen Vorstellungen, die ihn beherrschen, war dies nur möglich, indem der Herausgeber den Verfasser meist selbst reden liess.

Es würde mit grossem Dank zu begrüßen sein, wenn aus jener Epoche weitere Veröffentlichungen folgten. In städtischen Archiven und in manchen Privatarchiven dürfte sich noch zahlreicher Stoff finden. Von besonderer Bedeutung für die Geschichte jener Zeit und insbesondere auch für die Rechtsgeschichte würde es sein, wenn es gelänge, zeitgenössische Schriftstücke zu veröffentlichen, die uns in nüchternerer Form, als das der Verfasser der Reformschrift thut, über die damaligen Verhältnisse Nachricht brächten. So werthvoll der Inhalt dieser Reformschrift ist, ihr Charakter als Tendenzschrift lässt immerhin nur sehr vorsichtige Schlüsse auf die Zustände jener Zeit zu.

Errera, Paul, Les waréchaix. Étude de droit foncier ancien. Extrait des Annales de la Société d'Archéologie de Bruxelles VIII. 2. Bruxelles 1894, A. Vromand & Co. 35 S. 8°.

Der Verfasser weist überzeugend nach, dass das in belgischen und benachbarten Quellen vom frühesten Mittelalter bis zur neuesten Zeit in zahllosen Variationen vorkommende Wort *waraschetum* (Du Cange), *wareskay*, *waressaix*, *waréchaix* u. s. w. (auch in zahlreichen Ortsnamen, S. 33) nicht mit Du Cange auf *waterscapum* (vgl. unsere Zeitschrift XVII. 95 ff. Waitz, Altdeutsche Hufe 36), sondern auf das davon völlig verschiedene *wariscapium*, *warescapium* zurückzuführen ist, das mit mnd. *warshop* (Schiller-Lübben, Mnd. WB. V. 607) zusammenhängt und Märkerrecht, Markantheil, dann auch wohl die gemeine Mark schlechthin bedeutet. Der älteste Beleg findet sich wohl in dem vor 1070 abgefassten Stadtrecht von Dinant (Waitz, Urk. z. deutsch. VG.² 20), wo es von dem Rechte des Grafen heisst: „Via regia, que vulgo dicitur pirus, et *wariscapii* extra aquam et in aqua omnes ad suam iusticiam pertinent et omnes sui sunt, nec licet alicui in eis aliquid occupare, nisi per suam licentiam“.

R. Schröder.

A. S. Schultze, Zur Lehre vom Urkundenbeweise. Wien 1894, A. Hölder (Abdruck a. d. Zeitschrift f. d. Privat- u. öffentliche Recht, XXII.). 105 S. 8°.

Die rechtsgeschichtliche Bedeutung dieser Abhandlung liegt in den Ausführungen des Verfassers gegen die herrschende Annahme, dass jede eine Willenserklärung enthaltende Urkunde den Beweis der Abgabe dieser Erklärung liefere, die dispositive Urkunde also selbst die Trägerin der in ihr enthaltenen rechtlichen Disposition sei. In ansprechender Weise führt der Verfasser diese Ansicht, die ebensowohl mit den germanischen Rechten der fränkischen Periode wie mit dem römischen Rechte in Widerspruch steht, auf das mittelalterliche System der Untersiegelung zurück. Während das ältere Recht die Abgabe einer Willenserklärung durch die Schrift erst mit der Uebergabe der Urkunde perfect werden liess, fasste man im Mittelalter die Untersiegelung als die formelle Bestätigung der Uebergabe auf, so dass die Untersiegelung geradezu als ein Surrogat der *traditio cartae* angesehen wurde. Ganz zweifellos ist dies zwar in den Quellen nicht ausgesprochen, der Verfasser bezeichnet seinen Beweis selbst nur als einen Indicienbeweis. Zur Unterstützung desselben mag hier die überaus häufig vorkommende Formel „des ze urchund so gib ich in den brief versigelt mit meinem insigil“ (vgl. Loersch u. Schröder, Urkunden² Nr. 164. 175. 177. 214. 219. 275) angeführt werden. Natürlich hatte nur die Besiegelung des Ausstellers die angegebene Bedeutung, nicht die des blossen Zeugen. Der Unterschied tritt zuweilen charakteristisch hervor. Vgl. Loersch u. Schröder²